

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	1
1. Teil: Strafprozessuale Zeugnispflichten und Zeugniszwang in historischer Entwicklung .....	5
A. Zeugnispflicht und Zeugniszwang bis zum Erlass der RStPO .....	5
I. Der Zeugenbeweis im römischen Strafprozess .....	5
II. Der Zeugenbeweis im altdeutschen Strafverfahren .....	10
III. Der Zeugenbeweis zur Zeit des Mittelalters.....	14
1. Das Recht unter den fränkischen Königen zur Zeit des Frühmittelalters (6.–10. Jahrhundert).....	14
2. Die Zeit der Gottes- und Landfrieden des Hochmittelalters (10.–12. Jahrhundert).....	17
3. Die Rezeption italienischen und kanonischen Rechts im Spätmittelalter (13.–16. Jahrhundert).....	21
IV. Der Zeugenbeweis im gemeinen Recht .....	24
1. Die Vereinheitlichung des Rechts durch Einführung der Constitutio Criminalis Carolina (1532).....	24
2. Die legale Beweistheorie des gemeinen Rechts (16. und 17. Jahrhundert).....	29
3. Die Auflösung der legalen Beweistheorie und die Abschaffung der Tortur (18. Jahrhundert).....	32
V. Der Zeugenbeweis im Strafprozess der deutschen Partikularstaaten (1800–1877).....	35
1. Positivrechtliche Regelungen der Zeugnispflicht .....	36
2. Zeugnisverweigerungsrechte.....	37
3. Folgen unberechtigter Zeugnisverweigerung .....	39
B. Die Regelungen zum Zeugenbeweis in RStPO und RStGB .....	42
I. Die Diskussionen um den Zeugenbeweis im Rahmen der Entstehung der RStPO (1848–1877).....	42

1. Diskussion um Art und Umfang der Zwangsmittel .....	43
2. Zwangsmittel als Ordnungsmittel oder als Kriminalstrafe? .....	44
3. Anforderungen an die Darlegung der ein Zeugnisverweigerungsrecht begründenden Umstände .....	47
II. Gesetzesentwürfe zum Zeugniszwang vor 1877 .....	47
III. Die Regelungen zum Zeugniszwang in RStPO und RStGB .....	49
C. Gesetzesentwürfe und Reformdiskussionen im 20. Jahrhundert .....	54
I. Gesetzesentwürfe aus der Kaiserzeit .....	54
II. Gesetzesentwürfe aus der Weimarer Republik .....	57
III. Reformentwürfe und Gesetzesänderungen unter dem NS-Regime ...	57
IV. Reformentwürfe und Gesetzesänderungen nach 1945 .....	58
1. Drittes Strafrechtsänderungsgesetz 1953 .....	58
2. EGStGB 1974 .....	59
3. Einführung des § 161a StPO durch das 1. StVRG .....	59
4. Änderung des § 48 Abs. 1 StPO .....	59
D. Ergebnis .....	61
2. Teil: Kausalität des Unterlassens einer Zeugenaussage für den Erfolg der Strafvereitelung .....	65
A. Bewertungsmaßstäbe für den Kausalzusammenhang .....	65
I. Erfolgsbestimmung .....	66
1. Erfolgsbestimmung in inhaltlicher Hinsicht .....	66
2. Erfolgsbestimmung in zeitlicher Hinsicht .....	68
II. Kriterien für die Bestimmung der „Quasi“-Kausalität .....	69
1. Risikoerhöhungslehre .....	70
2. An Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit der Erfolgsabwendung .....	70
B. Möglichkeit der Erfolgsverhinderung/Verringerung des Erfolgsrisikos ...	72
I. Bestimmung der dem Zeugen gebotenen Handlung .....	72
II. Verwertung der Zeugenaussage im Rahmen der freien Beweiswürdigung .....	72
1. Beweiswert der Aussage .....	73
a. Glaubwürdigkeit des Zeugen .....	73
b. Glaubhaftigkeit der Aussage .....	74
aa. Wahrnehmung .....	74
bb. Speicherung und Erinnerung .....	76
cc. Wiedergabe .....	77
c. Zeugenbeweis als Indizienbeweis .....	78
2. Würdigung der Aussage durch das Gericht .....	80
3. Grenzen der Beweiswürdigung .....	83

a. Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse.....	83
b. Gesetze der Logik .....	84
III. Möglichkeit des Zeugen, auf die Beweisaufnahme einzuwirken .....	85
C. Praktikabilitätsprobleme .....	88
I. Allgemeine Probleme im Hinblick auf eine hypothetische Erfolgs- und Kausalitätsfeststellung .....	88
1. Fehlende Grundlage zur Widerlegung der „Nullhypothese“ .....	90
2. Überprüfbarkeit der Bewertung von Indizienbeweisen .....	90
3. Verstoß gegen den Grundsatz der Unmittelbarkeit.....	91
4. Vergleich mit den Regelungen zur Wiederaufnahme .....	92
II. Probleme im Hinblick auf eine Vollendungsstrafbarkeit.....	93
1. Strafbarkeit bei vollständiger und endgültiger Zeugnisverweigerung.....	93
2. Strafbarkeit bei nur vorübergehend verweigerter Zeugenaussage.....	94
III. Probleme im Hinblick auf eine Versuchsstrafbarkeit .....	96
D. Ergebnis .....	98
 3. Teil: Zur Garantenstellung des Zeugen .....	101
A. Anknüpfungspunkt für eine Garantenstellung .....	101
I. Das Wissen um die Umstände einer Straftat .....	101
II. Staatsbürgerliche Zeugnispflicht .....	104
III. Durch Ladung aktualisierte Zeugnispflicht.....	107
B. Untersuchung einer Garantenstellung des Zeugen aufgrund der unterschiedlichen Begründungsansätze .....	110
I. Formelle Rechtspflichttheorie .....	113
II. Materielle Garantenlehren .....	115
1. Verhältnis zwischen Unterlassungstäter und -opfer .....	115
a. Vertrauen auf Erfolgsabwendung.....	115
b. Persönliche Nähebeziehung zwischen Täter und Opfer.....	116
aa. Enge soziale Nähe zwischen Unterlassungstäter und -opfer.....	116
bb. Abhängigkeit von der Erfolgsabwendung .....	118
cc. Schutzfunktion für das Rechtsgut aufgrund der Stellung im sozialen Leben.....	119
c. Stellung in der Gesellschaft .....	120
aa. Sozial-funktionelle Stellung .....	120
bb. Zur Rechtspflicht erstarkte soziale Sonderverantwortlichkeit.....	121

cc. Verhaltenserwartungen in der Gesellschaft.....	123
d. Zeuge als Garant aufgrund seiner besonderen Beziehung zum Staat als Rechtsgutträger .....	125
aa. Vertrauen auf Erfolgsabwendung .....	127
bb. Persönliche Nähebeziehung.....	128
cc. Stellung in der Gesellschaft.....	129
2. Verhältnis zwischen Unterlassungstäter und Erfolg .....	130
a. Gefahrschaffung für das infrage stehende Rechtsgut.....	130
b. Herrschaft über den Erfolgsgrund .....	131
c. Zeuge als Garant aufgrund besonderer Beziehung zum Rechtsgut „Strafrechtspflege“ .....	133
III. Funktionenlehre.....	134
1. Zeugnispflicht als Pflicht zur Abwendung des Erfolgs der Strafvereitelung .....	136
a. Inhalt der Garantenpflicht bei § 258 StGB .....	137
b. Zeugnispflicht als Erfolgsabwendungspflicht.....	138
aa. Unterscheidung nach Belastungs- und Entlastungszeugen .....	138
bb. Besondere strafprozessuale Pflichtenstellung .....	140
2. Folgen für die Strafbarkeit wegen anderer als belastender Aussagen .....	144
a. Haftung des nichtaussagenden Zeugen im Strafprozess .....	144
aa. Strafbarkeit wegen falscher Verdächtigung durch Unterlassen.....	144
bb. Strafbarkeit wegen Vortäuschen einer Straftat durch Unterlassen.....	145
cc. Strafbarkeit wegen Freiheitsberaubung in mittelbarer Täterschaft durch Unterlassen .....	145
b. Haftung des nichtaussagenden Zeugen im Zivilprozess .....	145
aa. § 823 Abs. 2 i. V. m. Schutzgesetz .....	146
bb. § 826 BGB .....	148
3. Verweigerung der Zeugnispflicht als Bagatelunrecht.....	148
4. Wertungswidersprüche .....	152
a. Haftung des nichtaussagenden Zeugen im Zivilprozess .....	152
b. Haftung von Sachverständigen.....	152
c. Haftung von Personen, die von Amts wegen mit der Strafverfolgung betraut sind.....	153
aa. Behörden allgemein, § 159 Abs. 1 StPO.....	154
bb. Dienstvorgesetzte im Strafvollzug, §§ 2, 81 ff., 156 StVollzG .....	155
cc. Gerichte, § 183 GVG.....	155

dd. Staatsanwälte und Polizeibeamte .....	155
d. Haftung des Zeugen wegen der wahrheitswidrigen Angabe, nichts zum Vernehmungsgegenstand zu wissen ...	157
e. Konflikt mit dem Grundsatz „nemo tenetur se ipsum accusare“ .....	159
aa. OLG Zweibrücken, Beschluss vom 13.01.1993 – 1 Ss 214/92 .....	160
bb. OLG Frankfurt a. M., Beschluss vom 24.04.1998 – 3 Ss 117/98 .....	162
cc. LG Ravensburg, Beschluss vom 19.11.2007, 2 Qs 194/07 .....	163
dd. OLG Köln, Beschluss vom 11.12.2009, 2 Ws 588/09 .....	165
ee. Zwischenergebnis .....	167
f. Widerspruch zur Funktion der Ordnungs- und Zwangsmittel .....	168
5. Verstoß gegen das Gebot der Subsidiarität des Strafrechts .....	170
a. Kumulative Anwendung von Zwangsmitteln und Kriminalstrafe .....	171
b. Zweck der Zwangsmittel und der Kriminalstrafe .....	172
aa. Zweck der Kriminalstrafe .....	172
bb. Zweck der Ordnungs- und Zwangsmittel .....	174
C. Ergebnis .....	176
 Zusammenfassung der Ergebnisse .....	 181
Literaturverzeichnis .....	187
Quellenverzeichnis .....	199